

SOZIAL BEGINNT VOR ORT – ZUKUNFTSGESTALTUNG STATT MISSTANDSVERWALTUNG

Wahlprogramm zur Verbandsgemeinderatswahl Betzdorf-Gebhardshain 2016

Präambel

In der LINKEN in Deutschland, im Kreis Altenkirchen und in der VG Betzdorf-Gebhardshain versammeln sich ganz unterschiedliche Menschen, die ein breites politisches und weltanschauliches Spektrum abdecken und diese Vielfalt für eine Stärke halten. Geeint werden wir dabei von einem konkreten Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Aufgrund unseres derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sind wir von dieser Zielvorstellung, obwohl unsere Gesellschaft so reich ist wie nie zuvor in ihrer Geschichte, noch sehr weit entfernt. Diesem Ziel können wir uns nur nähern, wenn wir uns auf allen politischen Ebenen, von der Ortsgemeinde über das Land, den Bund bis zur EU, dafür einsetzen, dass unsere Gesellschaft so organisiert wird, dass das Wohl der Menschen und nicht wirtschaftliche oder andere Einzelinteressen den zentralen Orientierungspunkt für unser politisches Handeln bilden. **Wir laden alle Menschen, die diese Vorstellung teilen, ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.** Im Folgenden präsentieren wir einige der Ideen, die wir für die Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain haben, die uns unserem Ziel ein wenig näherbringen könnten.

S. 1/7

1.) Verkehrschaos in Betzdorf beenden - Mobilität für Alle herstellen!

Morgens und nachmittags zu den Pendlerzeiten, an Markttagen und bei anderen Gelegenheiten steht man in Betzdorf im Stau – was nicht nur nervig, sondern auch ungesund ist. Dieses Problem wird sich aufgrund der verschiedenen Engstellen nicht allein mit Straßenbaumaßnahmen wie einem Kreisel an der Steinerother Straße lösen lassen, zumal ein altbekannter Lehrspruch in der Verkehrswissenschaft sagt: „Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten.“ Effektiv reduzieren lässt sich der Autoverkehr nur durch eine Stärkung der anderen Verkehrsmittel: **attraktive Fuß- und Fahrradwege** sowie ein guter barrierefreier öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV). Perspektivisch strebt DIE LINKE dazu **einen guten ÖPNV zu jeder Tageszeit** und auch in ländlichen Regionen an, der zudem ohne Fahrpreisergelt angeboten werden soll. Da sich ein **ticketloser Nahverkehr** nicht sofort umsetzen lassen wird, kann ein wichtiger Zwischenschritt darin bestehen, das vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) vorgeschlagene Modells zur Erhebung eines Beitrages für öffentlichen Verkehr (**ÖV-Beitrag**) umzusetzen, der sich an der Grundsteuer B orientieren würde und die für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehenden **Mittel um das 2,5fache erhöhen** würde. Diese Mittel sollen in einen deutlichen Ausbau des Angebots und eine Reduzierung der Ticketpreise investiert werden.

Wichtige Ziele des Ausbaus umfassen:

- **Ausbau des Angebots** an den Tagesrandzeiten und Taktverdichtung zu den Pendlerzeiten
- Ein **integrierter Taktfahrplan**, der das Erreichen von Anschlussverbindungen sicherstellt
- **Flächendeckende barrierefreie ÖPNV-Anbindung** in der gesamten Verbandsgemeinde, insbesondere auch der ländlichen Regionen im Gebhardshainer Land
- **Nachtbusverkehr an den Wochenenden** zwischen Betzdorf, Gebhardshain und Hachenburg unter Einschluss der anliegenden Gemeinden zur Sicherstellung der Mobilität junger Menschen und Vermeidung von alkoholisierten PKW-Unfällen
- **Verlängerung der nachts um 1:39 aus Köln in Au ankommenden Linie S12** bis Betzdorf (oder Siegen) mindestens am Wochenende für einen Anschluss der Verbandsgemeinde an die Region Köln-Bonn (oder alternativ Anschluss durch die Linie RB 90 „Westerwald-Sieg-Bahn“ von Au Richtung Betzdorf/Siegen)

Bei diesen Zielen ist eine übergreifende Zusammenarbeit mit anderen Verbandsgemeinden (z.T. auch in NRW), dem Kreis Altenkirchen und den Zweckverbänden für den ÖPNV nötig und anzustreben. Zudem fordert DIE LINKE die neue Landesregierung auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Kommunen ermöglichen, einen ÖV-Beitrag zu erheben.

2.) Gute Jugendpolitik

Leben in einer ländlichen Region muss für junge Menschen nicht langweilig sein. Dennoch prognostiziert das Statistische Landesamt für den Kreis Altenkirchen einen Bevölkerungsschwund von -8,1% bis 2030 und einen deutlichen Anstieg des Durchschnittsalters von 45 auf 50 Jahre. Um für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv zu bleiben sind jedoch entweder ausreichend regionale Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten oder zumindest eine gute **ÖPNV-Anbindung**, die bequemes pendeln zu Ausbildungsplatz, Studium oder Arbeitsplatz möglich macht. Zugleich müssen regional attraktive **Freizeitmöglichkeiten** vorhanden und überregionale Freizeitmöglichkeiten gut zu erreichen sein. Um Politik nicht nur für jungen Menschen, sondern auch mit und durch junge Menschen zu machen, setzt sich DIE LINKE für die Einführung eines **Jugendparlaments** ein.

3.) Attraktivität für Familien

Gerade die Nähe von Betzdorf-Gebhardshain zu Nordrhein-Westfalen kann junge Familien aufgrund der in RLP **kostenlosen KiTa-Plätze** ab dem 2. Lebensjahr dazu bewegen, in unsere Verbandsgemeinde umzuziehen. Neben dieser sinnvollen und auszubauenden landespolitischen Maßnahme müssen jedoch auch die Kommunen ihren Beitrag zu einem familienfreundlichen Umfeld leisten. Dazu gehört die **ausreichende Versorgung mit KiTa-Plätzen**, deren Öffnungszeiten auch an den Tagesrandzeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Zugleich muss der traurige Zustand vieler **Spielplätze** ein Ende haben, um Familien ein attraktives Umfeld zu bieten und der **Überalterung unserer Region entgegenzutreten**.

4.) Ortszentren nicht absterben lassen

Die Bauleitplanung von Orts- und Verbandsgemeinden hat sich in den vergangenen Jahrzehnten an **zwei problematischen Idealen** orientiert:

(1) Supermärkten ausreichend Plätze für Gebäude und Parkplätze, meist außerhalb der ursprünglichen Ortszentren, zu schaffen

(2) Immer mehr Neubaugebiete auszuweisen und so den Neubau von Wohnraum zu fördern.

Beide Orientierungen tragen maßgeblich zum Verfall der gewachsenen örtlichen Strukturen bei. Die Kaufkraft wandert vom lokalen Einzelhandel (bspw. der Betzdorfer Fußgängerzone, Wilhelmsstraße oder Viktoriastraße) zu den Supermärkten ab. Fast der gesamte Einkauf wird mit dem PKW dort erledigt, während der kleinere und spezialisiertere Einzelhandel abstirbt. Zugleich verfällt auch die bestehende Bausubstanz der ursprünglichen Ortskerne, weil durch die ständige Ausweisung von Neubaugebieten der flächenverbrauchende und umweltschädliche Neubau gefördert wird, anstatt die Sanierung innerhalb der bestehenden Strukturen zu fördern.

Hier ist dringend ein **Umdenken** erforderlich. Einkaufsmöglichkeiten dürfen nicht nur mit dem PKW zu erreichen sein. Der **lokale Einzelhandel** muss bei der Stadtplanung im Vordergrund stehen. Der Erhalt und die **Sanierung bzw. Vermietung bestehender Geschäfts- und Wohnstrukturen** muss Priorität haben gegenüber der Ausweisung neuer Flächen.

Daneben sollen auch bestehende Versuche, Marktanteile des Internethandels in die Region zurückzuholen, unterstützt und weiter ausgebaut werden. Dazu soll das **Projekt „Betzdorf digital“ auf die gesamte neue Verbandsgemeinde** ausgeweitet werden. Zugleich muss dieses Online-Angebot wesentlich attraktiver und übersichtlicher gestaltet werden, wenn es sich dauerhaft etablieren soll.

5.) Politik in der Gemeinde als Teil im Ganzen

DIE LINKE wehrt sich gegen ein isoliertes Verständnis von Kommunalpolitik, das vor allem zwei Aussagen kennt: Entweder „**nicht zuständig**“ oder „**kein Geld da**“. Darum thematisieren wir alle Themen, die uns in der Kommune betreffen, unabhängig davon, welche Ebene für die Gesetzgebung zuständig ist, da die Kommunen auch auf Landes- und Bundespolitik Druck ausüben müssen, um ihrer Aufgaben gerecht zu werden. Das gilt für alle Politikbereiche, sei es der Straßenbau oder die Sozialgesetzgebung, für deren Umsetzung den Kommunen wichtige Aufgaben (z.B. Jobcenter/ARGE im Rahmen der Hartz-Gesetze) zukommen.

Gerade mit Blick auf die **Kommunalfinanzen** ist es bezeichnend, wenn die anderen Parteien über leere Kassen klagen, zugleich aber auf Landes- und Bundesebene für genau diese leeren Kassen verantwortlich sind. So hat die rot-grüne Bundesregierung den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 53% auf 42% drastisch reduziert. Da die Kommunen 15% des Einkommensteueraufkommens erhalten und der Einkommenssteueranteil mit der Gewerbesteuer die wichtigste Steuereinnahmequelle der Kommune ist, macht sich dies unmittelbar und deutlich in

den kommunalen Haushalten bemerkbar. Die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen sind die Zuweisungen des Landes, so dass sich hier die leeren Kassen der Landeshaushalte unmittelbar niederschlagen. Hier macht sich insbesondere der durch Union und FDP zu verantwortende **Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer** negativ bemerkbar, die als Ländersteuer die Landeshaushalte deutlich entlasten könnte.

Die LINKE fordert daher eine grundlegende **Reform der kommunalen Finanzen**, damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können. Hierzu ist vor allem ein angemessener Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer und die Wiedererhebung der Vermögenssteuer nötig, da diese beiden Einnahmearten vor allem **diejenigen belasten würden, die durch hohes Einkommen und Vermögen auch einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisten können**.

Darüber hinaus soll die Grundsteuer zu einer **Flächennutzungssteuer** weiterentwickelt werden, die nicht mehr die ganze Fläche, sondern nur den versiegelten Anteil eines Grundstücks als Berechnungsgrundlage hat. So können bisherige Fehlsteuerungen der Grundsteuer beseitigt und eine **ökologisch nachhaltige Flächennutzung** gefördert werden.

6.) Tarifbindung bei öffentlicher Auftragsvergabe

Die Verbandsgemeinde muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die regionale Wirtschaft stärken, sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass **nur Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden**, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten!

S. 4/7

7.) Hartz IV muss weg – nach wie vor!

Bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze fallen den Kommunen einige wichtige Aufgaben zu. So wurden regionale Arbeitsagenturen und Teile der kommunalen Sozialämter in Jobcentern wie dem Jobcenter Betzdorf bzw. dem Jobcenter Wissen (für die alte VG Gebhardshain) zusammengelegt. Diese sind für die Hilfe bei der Erwerbssuche und die Bewilligung von Leistungen wie ALG II zuständig. Damit tragen die Arbeitsweise dieser Einrichtungen ganz wesentlich dazu bei, wie Hartz IV vor Ort umgesetzt wird. Hier fordert Die LINKE, allen Spielraum auszuschöpfen, um **auf Sanktionen zu verzichten**. Zugleich soll die Verbandsgemeinde **unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen** fördern, da auch die Aufklärung über und die Durchsetzung von Rechten von SGB-II- und SGB-XII-Betroffenen von Jobcentern und Gemeinden geleistet werden soll.

Zwar können Kommunen wie die VG Betzdorf-Gebhardshain Bundesgesetze wie die Hartz-Gesetze nicht abschaffen. Sie können aber einen Beitrag dazu leisten, den Druck zur Abschaffung von Armut per Gesetz aufrecht zu erhalten. Die LINKE wird daher eine **Resolution in den neuen Verbandsgemeinderat einbringen**, in der die Vertreter im Deutschen Städte- und Gemeindebund dazu aufgefordert werden, sich **für die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung einer armutsfesten und sanktionsfreien Grundsicherung** einzusetzen.

8.) Armut bekämpfen – *Betzdorf-Gebhardshain-Pass* einführen

Dass auch die Verbandsgemeinde ein Problem mit Armut hat, kann nicht bestritten werden, wenn etwa die Betzdorfer Tafel („Warme Stube“) der hohen Nachfrage nicht mehr nachkommen kann und ihren Zugang beschränken muss – und dass bei einer Einrichtung, die in einer der reichsten Gesellschaften der Welt nicht einmal nötig sein sollte. Die LINKE wird die Wahlperiode dazu nutzen, um das Thema Armut in der Verbandsgemeinde zu thematisieren. Dazu wird zunächst eine **Sachstandsanalyse** durchgeführt, also möglichst präzise erhoben, welchem Menschen in der Verbandsgemeinde von Armut betroffen sind, um daran anknüpfend nach Strategien zu suchen, deren Situation zu verbessern. Vorbild kann hier etwa die Verbandsgemeinde Hamm sein, die jährlich einen **Sozialbericht** mit wichtigen Kennzahlen zu Armut und der sozialen Situation ihrer Einwohner vorlegt.

Ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation der von Armut betroffenen Menschen soll die **Einführung eines Sozialpasses** nach Kölner Vorbild sein. So berechtigt der dortige *KölnPass* zu einer vergünstigten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, aber auch anderer öffentlicher Einrichtungen wie Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen u.ä. und ermöglicht damit auch Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am öffentlichen Leben. Um eine möglichst große Gruppe zu erreichen, muss ein „**Betzdorf-Gebhardshain-Pass**“ automatisch allen Transferleistungsempfängern (Sozialhilfe, Grundsicherung etc.) in der VG zugesendet werden sowie öffentlich beworben und Menschen mit geringem Einkommen auf Antrag ausgestellt werden. Idealerweise soll dieses Modell auf den gesamten Landkreis Altenkirchen ausgeweitet werden, wozu die Verbandsgemeinde in Verhandlungen mit dem Landkreis treten soll.

S. 5/7

9.) Behindertenpolitik – Inklusion auch in den Köpfen und Herzen

Für viele Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft gilt: **Behindert ist man nicht einfach, sondern man wird behindert.** Menschen mit Behinderung werden häufig gerade dadurch im doppelten Wortsinne behindert, dass ihre Bedürfnisse keine Berücksichtigung finden, ob es bei Bauvorhaben oder der Gestaltung von Internetseiten ist. Dazu ist es nicht nur nötig, bestehende gesetzliche Vorschriften einzuhalten, sondern **Inklusion auch in die Köpfe und Herzen** zu bringen. Wenn das Bürgerbüro der Verbandsgemeindeverwaltung in Betzdorf zwar über ein Blindenleitsystem verfügt, dieses aber mit Tischen und Werbeaufstellern zugestellt wird, sieht man, dass auch die öffentlichen lokalen Einrichtungen hier noch Nachholbedarf haben, was verschärft auch für private gewerbliche Anbieter von Waren und Dienstleistungen wie Handel, Gaststätten und Arztpraxen gilt.

DIE LINKE fordert daher

- Die **Einrichtung** eines kommunalen Beirats für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (**Behindertenbeirat**) sowie die Bestellung eines kommunalen Behindertenbeauftragten zur Vertretung der Belange von Menschen mit Behinderung und

als Vermittler zwischen Verwaltung und Menschen mit Behinderung, wie es in anderen Gemeinden längst üblich ist und von der Landesregierung empfohlen wird.

- Die flächendeckende **Erfassung der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit** von wichtigen öffentlichen und privaten Einrichtungen.
- Eine **Rahmenvereinbarung für barrierefreie Arztpraxen**, da derzeit 90% der Arztpraxen im nördlichen Rheinland-Pfalz nicht barrierefrei sind, wovon nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern insbesondere die vielen älteren Menschen betroffen sind.
- Eine Initiative der Verbandsgemeinde zu einer **Selbstverpflichtung der regionalen Gewerbetreibenden**, in der diese sich für einen behindertengerechten Ausbau ihrer Geschäfte, spätestens bei anstehenden Umbaumaßnahmen, verpflichten. Gerade Einrichtungen des täglichen Bedarfs wie Supermärkte und Restaurants müssen auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sein.
- Behinderung als **Querschnittsthema** ernst nehmen und gerade bei besonders hilfebedürftigen Gruppen beachten, etwa **bei Flüchtlingen mit Behinderung**.
- **Erhalt des barrierefreien Zugangs zum Bahnhof Betzdorf** vom Park&Ride-Parkhaus aus. Hier sollte für eine Übergangszeit eher der enge Fahrplan als der Rückbau des barrierefreien Zugangs in Kauf genommen werden.
- **Ausbau des barrierefreien Zugangs zum ÖPNV** durch flächendeckenden Einsatz von Niederflurbussen und Ertüchtigung von Haltestellen, wovon auch andere Gruppen wie Eltern mit Kindern profitieren.

10.) Migration und Integration – der Westerwald bleibt bunt!

S. 6/7

So schnell sie kamen sind die sog. Flüchtlingsströme, auch in unsere Region, auch wieder abgeebbt, was im Wesentlichen durch eine **menschenverachtende Grenzsicherung der EU** und ihrer Mitgliedsstaaten „erreicht“ wurde; sei es die Schließung der Balkanroute oder das Abkommen mit der im stärker diktatorische Züge annehmenden Türkei. Dabei werden die **Flüchtlingsbewegungen in den Medien meist übertrieben dargestellt** – so sind seit den 50er-Jahren konstant ca. 0,5 bis 0,7,% der Weltbevölkerung auf der Flucht und von 2010 bis 2015 war mit 0,5% ein besonders niedriger Stand erreicht. Auch sind andere, bis auf die USA in der Regel auch wesentlich ärmere, Länder hier um eine vielfaches stärker betroffen als Deutschland.

Dennoch hat die Flucht nach Deutschland zu einem Erstarren rechter und rechtspopulistischer Parteien und Organisationen geführt, was die guten Wahlergebnisse der AfD und die Aufmärsche von PEIGDA Westerwald auch in unserer Region dokumentieren. Zugleich sind **rechte Weltanschauungen bis in die Mitte der Gesellschaft wieder deutlich salonfähiger geworden**. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung gilt es auf allen Ebenen entschieden entgegen zu treten. Sowohl mit Aufklärung und Information als auch mit zivilgesellschaftlichem Engagement im privaten wie im öffentlichen Raum. Zudem soll der angestrebte Sozialbericht Betzdorf-Gebhardshain die **Situation von Migranten und Geflüchteten erfassen** und die neue Verbandsgemeinde einen **Beirat für Migration und Integration** erhalten.

11.) Kommunale Aufgaben in kommunale Hand

Die LINKE will das öffentliche Eigentum erhalten und fordert die Rekommunalisierung bereits privatisierter oder teilprivatisierter kommunaler Unternehmen. Wir wollen daher **das kommunale Eigentum in Form der Verbandsgemeindewerke Betzdorf und Gebhardshain als kommunale Eigenbetriebe erhalten.**

Nicht nur die Kosten der Energieversorgung, sondern auch die Gewinne aus dem Strom- und Gasgeschäft müssen vor Ort bleiben. Wir streben daher die **Rekommunalisierung des Stromnetzes** an. Dass dies auch in kleinen Gemeinden möglich ist, zeigt eine Bürgerinitiative im kleine Ort Schönau im Schwarzwald sehr gut, die das Stromnetz von einem Atomkraftwerksbetreiber zurückgekauft hat und seitdem wirtschaftlich erfolgreich betreibt.

12.) Für eine lernende Politik

Die LINKE fühlt sich bestimmten **Grundwerten**, wie Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität, verpflichtet, was für uns eine **Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung der Gesellschaft** beinhaltet und einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zum Ziel hat. Diese Grundwerte bieten uns einen groben Kompass, von dessen Orientierung wir nicht abweichen wollen. Wie diese Orientierung jedoch konkret in politischen Maßnahmen umgesetzt wird, kann nur in einem gemeinsamen Lernprozess erarbeitet werden. Die LINKE strebt daher eine **gute Zusammenarbeit** mit allen Organisationen und Einzelpersonen an, die sich einer demokratischen, sozialen und solidarischen Gesellschaft verpflichtet fühlen und möchte von deren Expertise lernen und **gemeinsam eine bessere Zukunft gestalten**, statt sich mit der Verwaltung von Missständen zu bescheiden.

Am 18.09.2016 DIE LINKE. wählen!